

### Ausbildungsplatzabgabe

#### Die Betriebe sagen Nein

Die deutsche Wirtschaft steht der geplanten Ausbildungsplatzabgabe äußerst skeptisch gegenüber. Dies zeigt eine vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) Anfang April durchgeführte bundesweite Befragung von 1.018 privaten und öffentlichen Arbeitgebern aller Branchen. Danach bewerten mehr als 68 Prozent der Betriebe das Vorhaben der Bundesregierung negativ. Selbst von den ausbildenden Betrieben halten zwei Drittel nichts von dem Regelwerk. Am größten ist der Anteil der ablehnenden Stimmen mit gut 78 Prozent in der Metall- und Elektro-Industrie, aber auch die Bauindustrie (75 Prozent) und das Handwerk (74 Prozent) erteilen der Abgabe eine deutliche Abfuhr. Diese Wirtschaftsbereiche engagieren sich bereits in der Ausbildung am stärksten über Bedarf – und das freiwillig. Nein zur Abgabe sagen aber auch 57 Prozent der öffentlichen Arbeitgeber.

Gut acht von zehn Betrieben, die die Ausbildungsplatzabgabe ablehnen, tun dies, weil sie mit steigenden Personalkosten rechnen. Fast ebenso viele befürchten hohe Kosten durch zusätzlichen Bürokratieaufwand. Diesen Negativ-Posten steht kaum ein Nutzen gegenüber, denn der von der Regierung erhoffte Lehrstellenschub ist nicht in Sicht – eher das Gegenteil. Vier von fünf der befragten Betriebe geben an, ihr Einstellungskalkül nicht ändern zu wollen. Gut 9 Prozent der Unternehmen wollen nach Einführung der Abgabe sogar weniger Ausbildungsplätze anbieten, nur knapp 5 Prozent würden mehr Azubis einstellen. Angesichts dessen sollte die Bundesregierung ihre Pläne ändern. Alternativen liegen auf der Hand: Neun von zehn Arbeitgebern halten eine Senkung der Lohnzusatzkosten sowie eine wachstumsfördernde Wirtschaftspolitik für sinnvoller. Zudem sollte die Politik das Problem der mangelnden Qualifikation vieler Lehrstellenbewerber angehen. Immerhin nennen mehr als acht von zehn Betrieben eine verbesserte schulische Vorbildung als Voraussetzung für ein höheres Ausbildungsangebot.

**Gesprächspartner im IW:** Dirk Werner, Telefon: (02 21) 49 81-7 49



# Zwangsjacke statt Lehrstellenmotor

**Obwohl sie auch aus den eigenen Reihen viel Kritik einstecken muss, will die Bundesregierung den Gesetzentwurf zur Ausbildungsplatzabgabe durchsetzen. Dabei dürfte das Regelwerk eher das Gegenteil von dem bewirken, was Rot-Grün sich davon verspricht. Laut einer aktuellen Befragung des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) lehnen die betroffenen Betriebe ein solches Instrument nicht nur ab, sondern sehen auch keinen Anlass, deshalb mehr Lehrstellen zu schaffen. Stattdessen befürchten sie eine überbordende Bürokratie, steigende Personalkosten und sogar den Verlust von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen. Geeignete Alternativen liegen längst auf dem Tisch.**

Die Agenda 2010 hat den SPD-Linken so manche Kröte zu schlucken gegeben; nun soll die geplante Ausbildungsplatzabgabe die Gemüter besänftigen. Dennoch formiert sich beim Berufsausbildungssicherungsgesetz auch in den eigenen Reihen eine Phalanx der Gegner. Mit dem Prädikat „Bürokratiemonster“ für das Gesetzeswerk liegt der eine oder andere Kritiker keineswegs falsch. Denn aus dem ministeriellen Text wird man erst auf den zweiten und dritten Blick schlau. Demnach soll die Abgabe so funktionieren:

**Auslösekriterium.** Fällig wird die Abgabe, wenn Ende September eines Jahres das bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) gemeldete Angebot an Ausbildungsplätzen nicht um 15 Prozent über der Zahl der noch unversorgten

Lehrstellenbewerber liegt – im vergangenen Jahr wären dies rund 25.400 rechnerisch fehlende Lehrstellen gewesen. Die Bundesregierung beschließt die Abgabe, wenn ab Oktober desselben Jahres nicht kurzfristig mit einer wesentlichen Verbesserung zu rechnen ist.

**Finanzierung.** Zahlen sollen alle privaten und öffentlichen Arbeitgeber mit mehr als zehn sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, deren Belegschaft weniger als 7 Prozent Auszubildende hat.

**Ziele.** Vorgesehen sind zum einen die Förderung zusätzlicher Ausbildungsplätze und zum anderen ein Leistungsausgleich zwischen denen, die weniger ausbilden, als es die Quote vorgibt, und denjenigen, die über der 7-Prozent-Marke liegen.

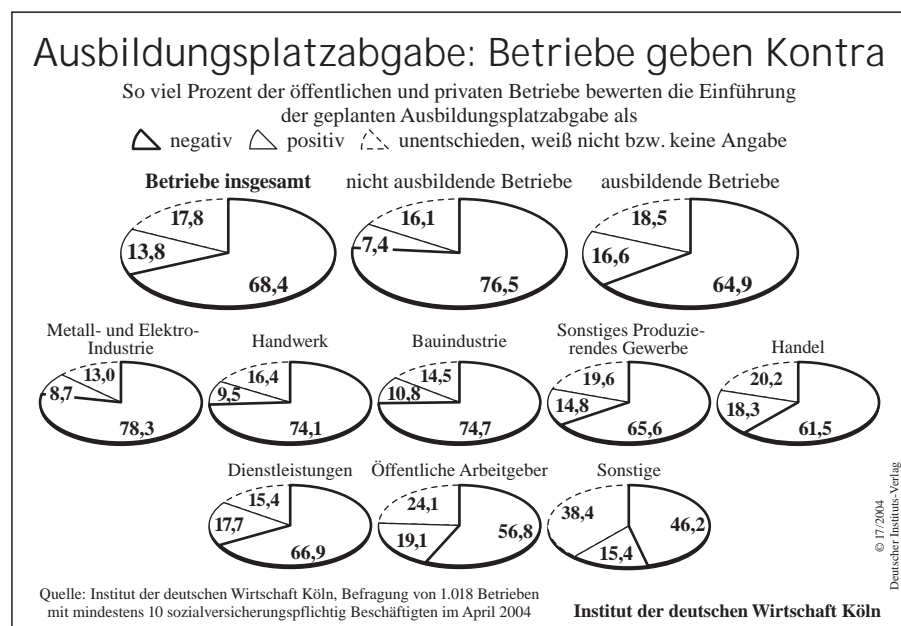
Gefördert werden sollen zusätzliche Ausbildungsplätze für Jugendliche, die Ende September als unversorgt gemeldet waren, mit Zuweisungen in Höhe von maximal der Bruttoausbildungsvergütung während der Lehrzeit. Diese Gelder erhalten zunächst Arbeitgeber mit einer Ausbildungsquote von mehr als 7 Prozent, dann Arbeitgeber, die ihren Ausbildungsdurchschnitt der letzten drei Jahre überschreiten, und anschließend alle anderen Arbeitgeber – als Anreiz, die noch unversorgten Bewerber aufzunehmen. Nachrangig werden außerbetriebliche Plätze mit maximal 7.500 Euro pro Jahr finanziert.

Den Leistungsausgleich erhalten Arbeitgeber mit einer Ausbildungsquote über 7 Prozent für jeden Azubi, der über dieser Quote liegt. Hierfür wird in einem komplizierten Verfahren für den einzelnen Betrieb ein „individueller Ausgleichsfaktor“ auf Basis der Ausbildungsvergütungen berechnet.

**Verwaltungskosten.** Das Bundesfinanzministerium schätzt die jährlichen Verwaltungskosten auf 70 Millionen Euro. Sie sollen aus der Abgabe bestritten werden – vorausgesetzt, diese wird im betreffenden Jahr erhoben. Da ansonsten der Bund in die Bresche springen muss, dürfte dies kein unwesentlicher Anreiz sein, die Abgabe auszulösen.

Um welche Beträge es sich schließlich handeln wird, verdeutlicht eine Beispielrechnung für das Jahr 2003: Im Gesetzentwurf werden für das Einrichten fehlender Lehrstellen pro Platz 26.800 Euro veranschlagt. Somit wären bei 25.400 rechnerisch fehlenden Lehrstellen 681 Millionen Euro zusammen gekommen. Vom Leistungsausgleich wären außerdem 211.450 Ausbildungsplätze erfasst worden, für die jeweils 8.930 Euro oder insgesamt 1,89 Milliarden Euro umverteilt worden wären. Das heißt:

**Bei 25.400 fehlenden Lehrstellen im Jahr 2003 hätte der Gesamtfinanzierungsumfang der Ausbildungsplatzabgabe 2,57 Milliarden Euro betragen.**



Bei einer rechnerischen Lehrstellenlücke von 50.000 Lehrstellen beliefe sich der Gesamtfinanzierungsumfang sogar auf stolze 3,23 Milliarden Euro.

Nicht nur angesichts dieses Umverteilungsvolumens stehen die betroffenen Arbeitgeber der geplanten Abgabe mit äußerster Skepsis gegenüber, wie eine vom IW Köln im April durchgeführte bundesweite Befragung zeigt. Dabei wurden 1.018 öffentliche und private Arbeitgeber aus allen Branchen und Bundesländern mit mindestens zehn sozialversicherungspflichtig Beschäftigten befragt. Sie können dem Projekt ganz und gar nichts abgewinnen (Grafik):

**Mehr als zwei Drittel der befragten Betriebe bewerten die geplante Ausbildungsplatzabgabe der Bundesregierung grundsätzlich negativ.**

Von den Betrieben, die ausbilden, halten zwei Drittel rein gar nichts vom Zwangskorsett. Bei den nicht ausbildenden Betriebe gaben drei von vier ein negatives Votum ab.

**Am stärksten fällt die negative Bewertung mit gut 78 Prozent Ablehnung in der Metall- und Elektro-Industrie aus, aber auch das Handwerk und die Bauindustrie erteilen der Abgabe eine deutliche Abfuhr.**

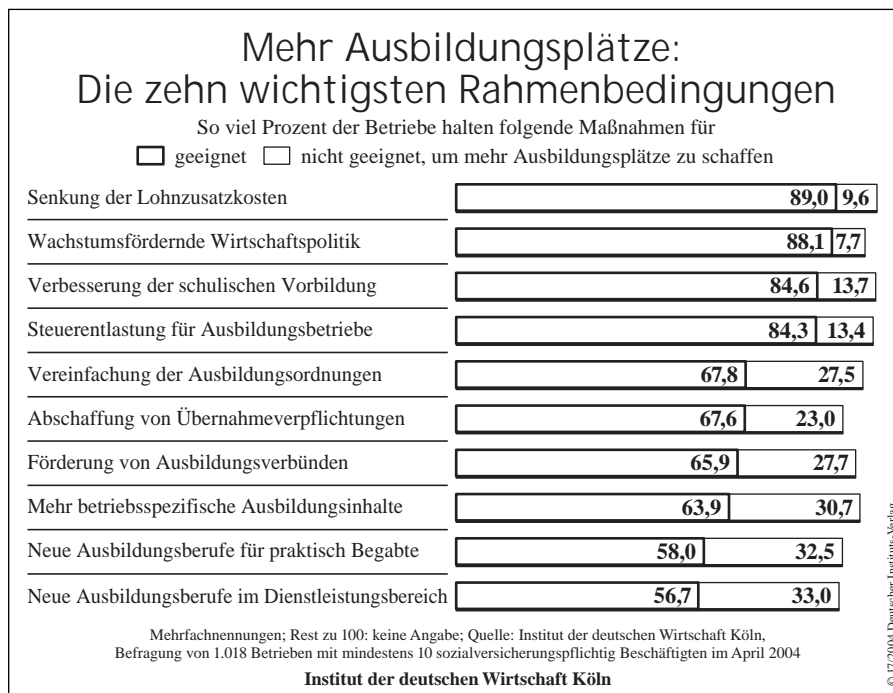
Diese Wirtschaftsbereiche engagieren sich in der Ausbildung bereits am stärksten über Bedarf – und das freiwillig.

Zwar steht die Ablehnungsfront bei Betrieben der unternehmerischen Wirtschaft mit 71 Prozent deutlicher, doch auch die Mehrheit der öffentlichen Arbeitgeber ist gegen das Instrument (57 Prozent). Die wenigsten Nein-Stimmen zur Abgabe kommen von Betrieben aus sonstigen Wirtschaftszweigen – vornehmlich gemeinnützigen Unternehmen.

Arbeitgeber, die die Abgabe ablehnen, fürchten vor allem die damit einhergehenden Zusatz-Belastungen:

- Gut acht von zehn ablehnenden Betrieben rechnen mit steigenden Personalkosten.
- Fast ebenso viele befürchten hohe Kosten durch mehr Bürokratieaufwand.
- Gut jeder zweite Betrieb erwartet sogar, dass die Unternehmen ihr Ausbildungsangebot zurückfahren.

Das Gros der Betriebe, die unentschieden sind, kritisierte ebenfalls die



zusätzlichen Bürokratiekosten. Sieben von zehn erwarten zugleich keine neuen Ausbildungsplätze.

Die kleine Schar der Befürworter führt vor allem mehr Gerechtigkeit als Grund für die Zustimmung an. Zwei Drittel dieser Betriebe glauben, dass die Abgabe neue Ausbildungsplätze schafft. Manche erhoffen sich einen Vorteil, weil sie mehr Lehrlinge haben, als sie laut Gesetzentwurf müssten.

Alles in allem wird der von der Regierung erhoffte Lehrstellenschub ausbleiben – eher das Gegenteil ist der Fall. Vier von fünf Unternehmen geben an, ihr Einstellungskalkül nicht ändern zu wollen.

**Gut 9 Prozent der befragten Betriebe wollen nach Einführung der Ausbildungsplatzabgabe weniger, nur knapp 5 Prozent mehr Ausbildungsplätze anbieten.**

Die Ausbildungsbetriebe sind da noch skeptischer: Gut 11 Prozent von ihnen wollen im Fall des Falles weniger Plätze bereitstellen, ihr Angebot erhöhen würden nur 4 Prozent. Betriebe mit hoher Ausbildungsquote würden ihr Angebot besonders stark zurückfahren.

Mit einem bürokratischen Kraftakt lässt sich die Ausbildungsmotivation der Betriebe und Verwaltungen folglich nicht steigern. Diese Einschätzung teilt auch das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB). Die Ausbildungsplatzab-

gabe werde vor allem solche Betriebe und Branchen belasten, in denen Ausbildung sehr teuer ist und Ausbildungsinvestitionen sich erst langfristig auszahlen. Die amtlichen Experten sorgen sich sogar, dass gerade Großbetriebe, die über Bedarf ausbilden, ihr Engagement dann zurückfahren – damit gingen besonders hochwertige Ausbildungsplätze verloren. Noch fühlen diese Firmen sich gesellschaftlich in der Verantwortung, den Nachwuchs zu trainieren. Auch das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) lehnt die Abgabe aufgrund der drohenden Kostenlawine für die Unternehmen ab.

Bevor sie das zarte Konjunktur-Pflänzchen mit einer weiteren Bürokratie-Brechstange kappt, sollte die Politik auf den Rat der Praktiker hören. Für die liegt das Übel ganz woanders (Grafik):

**Neun von zehn befragten Arbeitgebern schlagen anstelle der Lehrstellenabgabe eine Senkung der Lohnzusatzkosten sowie eine wachstumsfördernde Wirtschaftspolitik vor.**

Zudem sollte die Politik anstatt die Peitsche zu schwingen ihre eigenen Hausaufgaben machen – und das Problem der mangelnden Qualifikation vieler Bewerber gezielt angehen. Immerhin nennen mehr als acht von zehn Betrieben die Verbesserung der schulischen Vorbildung als Voraussetzung für ein höheres Ausbildungsangebot.